



An die  
GEW Bremen  
z.H. Frau Sabine Herold  
Bahnhofsplatz 22  
28195 Bremen

Bremen, 10. März 2011

Sehr geehrte Frau Herold,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl am 22. Mai 2011, die ich als Spitzenkandidatin der CDU Bremen hiermit gerne beantworten möchte:

*Zu Forderung 1: Wiederbesetzung jeder frei werdenden Stelle in den Schulen und KiTas*

Im Bremer Bildungskonsens, der auf eine Initiative der CDU-Bürgerschaftsfraktion zurückgeht, wurde unter anderem vereinbart, dass „mindestens die durch zurückgehende Schülerzahlen freiwerdenden finanziellen Mittel wie in anderen Bundesländern auch dem Bildungssystem zugute kommen“ sollen. Dazu steht die CDU Bremen.

*Zu Forderung 2: Senkung der Arbeitsbelastung*

Mit der Beendigung des Schulstrukturstreits im Bremer Bildungskonsens fällt für die Schulen künftig die Arbeitsbelastung durch ständige Neuerungen und Schulreformen weg. Damit können und sollen sich die Schulen wieder auf den Unterricht als ihre Kernaufgabe konzentrieren. Das große anstehende Thema für die CDU Bremen ist die Qualitätsentwicklung von Unterricht. Das erschreckende Ausmaß von fachfremd erteiltem Unterricht ist nicht länger hinnehmbar. Betroffen sind alle Schulformen und alle Jahrgangsstufen. Wir wollen, dass der Unterricht durch Fachlehrkräfte erteilt wird. Dies muss auch im Interesse der Lehrkräfte selbst sein: Wer fachfremd unterrichtet, möchte erst einmal den eigenen Unterricht bewältigen und wird sich nicht vorrangig um Kooperationen mit außerschulischen Lernorten oder in Projektarbeit stürzen. Nur wer sich seiner Sache selbst sicher ist, kann fachlich und didaktisch überzeugen. Wir möchten, dass die Lehrerinnen und Lehrer diese Sicherheit haben und sie auch ihren Schülerinnen und Schülern vermitteln.

### *Zu Forderung 3: Priorität für Nachwuchsförderung*

Bei der Gewinnung neuer Lehrkräfte gilt für die CDU Bremen: Wir müssen die Pensionierungswelle der nächsten Jahre als Chance begreifen und gezielt die Besten nach Bremen und Bremerhaven holen. Ein wichtiger und für die CDU Bremen eigentlich selbstverständlicher Schritt ist die weitere Vertiefung der Kooperation mit Niedersachsen in der Lehrer-aus- und -fortbildung.

Die Erzieherinnen und Erzieher spielen dabei eine besondere Rolle: Wir setzen uns für eine Aufwertung des Erzieherberufs aus. Die Ausbildung muss qualitativ weiterentwickelt werden. Neue Anforderungen sowie neue Ausbildungsinhalte müssen berücksichtigt werden. Die CDU Bremen spricht sich deshalb dafür aus, dass das bisherige Anerkennungsjahr in die schulische Ausbildung einbezogen und besser als bisher begleitet wird.

### *Zu Forderung 4: Den Schulreformprozess positiv gestalten – begangene Fehler korrigieren*

Die Ausstattung der Schulen im Lande Bremen ist eine Daueraufgabe Bremer Politik. Weitere Verbesserungen, Modernisierungen oder Sanierungen müssen jedoch in Einklang mit der Haushaltsnotlage des Landes zu bringen sein. Die CDU Bremen setzt sich für die Möglichkeit einer Zuordnung von Grundschulen in freier Trägerschaft ein, damit diese Kinder beim Übergang in Klasse fünf bei der Anwahl von Oberschulen nicht benachteiligt sind. Eine Aufnahme an Oberschulen allein nach dem Wohnortprinzip lehnen wir ab. Die CDU Bremen tritt für das Elternwahlrecht und die freie Anwählbarkeit der weiterführenden Schulformen ein. Eine Wiedereinführung der Oberstufenzentren lehnen wir als kontraproduktiv ab: Es geht jetzt darum, Gymnasium und Oberschule als Schulformen weiter zu profilieren. Für Inklusionsklassen ist bereits eine abgesenkte Klassenfrequenz vorgesehen. Wir werden als CDU Bremen die weitere Entwicklung der Inklusion begleiten. Für uns geht dabei Sorgfalt vor Eile.

Die CDU Bremen setzt sich gemeinsam mit der Union in ganz Deutschland für ein begabungsgerechtes Schulwesen ein. Wir sind überzeugt: Alle Kinder ihren Talenten entsprechend zu fordern und zu fördern – das geht am besten in einem differenzierten Schulwesen. Wir meinen deshalb: Vielfalt fördert alle! Die von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE geforderte Einführung einer „Schule für alle“ und die damit verbundene Abschaffung von Grundschule und Gymnasium lehnen wir entschieden ab.

### *Zu Forderung 5: Frühe Bildung ernst nehmen*

Wir unterstützen den von der Bundesregierung initiierten Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige: Das bundesweite Ziel, bis 2013 mehr als einem Drittel der unter dreijährigen Kinder einen Betreuungsplatz bereit zustellen, muss auch in Bremen realisiert werden. Die CDU Bremen ist überzeugt, dass wir dieses Ziel nur erreichen können, wenn kommunale und freie Träger sowie Elternvereine gleichgestellt sind: Jedes Kind ist uns gleich viel wert. Wir fordern deshalb die gleiche finanzielle Ausstattung für Elternvereine und freie Träger.

Die geplante Anhebung der Gruppengröße bei den unter Dreijährigen von acht auf zehn Kinder und im Kindergarten von 20 auf 22 Kinder lehnen wir ab: Wer Kinder altersgerecht betreuen und fördern will, braucht Zeit für individuelle Ansprache und keine Abfertigung in übergroßen Gruppen.

### *Zu Forderung 6: Der sozialen Spaltung entgegenwirken*

Die soziale Spaltung in Bremerhaven und Bremen ist ein Ergebnis der seit 65 Jahren ununterbrochenen Regierungsverantwortung der Bremer SPD. Bildungschancen sind für uns Zukunftschancen. Deshalb setzt sich die CDU Bremen für gerechte Bildungschancen von Kindesbeinen an ein. Für uns ist Bildung der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Wir setzen dabei auf Vielfalt: Eine Vielfalt der Angebote und eine Vielfalt der Träger. Freie Träger leisten dazu mit ihren Kindergärten und Schulen einen unverzichtbaren Beitrag, den wir stärken wollen.

Wer Kindern gerechte Chancen eröffnen möchte, muss dafür sorgen, dass ihre Talente geweckt und gefördert werden. An erster Stelle ist dies die Verantwortung der Eltern. Kindergarten und Schule sind wichtige Bezugspunkte, deren Ausgestaltung und Verzahnung die CDU Bremen fördern wird. Deswegen gehören die Zuständigkeiten für Kinder und Jugend sowie Bildung in eine Hand. Diese Politikbereiche wollen wir in einem neu ausgerichteten Bildungsressort bündeln.

Die Sprachförderung im Kindergarten muss auf eine neue Grundlage gestellt werden. Sie soll im Gruppenalltag und nicht in separaten Fördergruppen erfolgen. Jeder Kindergarten soll dazu über eine sprachpädagogische Fachkraft verfügen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Rita Mohr-Lüllmann